Motion Georg Windlin zur Einstellung der Baubewilligungen für Plakatwände

Bericht und Antrag des Stadtrates vom 10. August 1999

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

I.

Mit Datum vom 29. März 1999 hat Gemeinderat Georg Windlin eine Motion zur „Einstellung der Baubewilligungen für Plakatwände“ eingereicht, mit welcher der Stadtrat aufgefordert wird, im Bereich der Baubewilligungserteilung, zum Aufstellen von Plakattafeln vorübergehend keine Baubewilligungen mehr zu erteilen, bis folgende Punkte geprüft sind:

- „1. Der Stadtrat prüft, ob die bewilligten und aufgestellten Plakattafeln keine Gefährdung für die Fussgänger und Verkehrsteilnehmer darstellen, gemäss den Richtlinien vom Bundesamt für Unfallverhütung.
2. Der Stadtrat prüft, nach welchen Kriterien die Baugesuche bewilligt wurden.
3. Der Stadtrat hat zu prüfen, welche Auswirkungen eine zu grosse Anzahl von Plakatstellen auf das Orts- resp. Stadtbild von Zug nachhaltig und auf lange Zeit hat.“

Nach Meinung des Motionärs ist es höchste Zeit, dass dem masslosen weiteren Aufstellen von Plakattafeln endlich Einhalt geboten wird.

II.

Wir nehmen zur Motion wie folgt Stellung:

1. Die Plakatstellen werden aus verkehrspolizeilicher Sicht nach Art. 6 des Bundesgesetzes über den Strassenverkehr (Strassenverkehrsgesetz, SVG) vom 19. Dezember 1958, Art. 95 bis 100 der Verordnung über die Strassensignalisation (SSV) vom 5. September 1979 und die Weisungen über Strassenreklamen des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements vom 20. Oktober 1982 beurteilt. Eine entsprechende Richtlinie der Schweizerischen Beratungsstelle für Unfallverhütung (BfU) ist nicht bekannt. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass es ein „Bundesamt für Unfallverhütung“ nicht gibt!

2. Bei der Beurteilung der Zulässigkeit einer Plakatstelle hat die Baubewilligungsbehörde die verkehrsrechtlichen (siehe unter Ziff. II/1) und die baurechtlichen Aspekte zu berücksichtigen. Die Prüfung aus baurechtlicher Sicht erfolgt nach Reklamereglement über das Reklamewesen der Einwohnergemeinde Zug vom 18. Januar 1972. Die Reklamegesuche auf öffentlichem Grund werden im Rahmen des neuen Plakatierungskonzeptes gemäss Vertrag zwischen der Stadt Zug und der Allgemeinen Plakatgesellschaft behandelt.
3. Am 29. März 1999 reichte der Motionär gleichzeitig eine Interpellation betreffend Aufstellen von Plakattafeln ein. Stadtrat Toni Gügler beantwortete diese namens des Stadtrates an der GGR-Sitzung vom 11. Mai 1999. Der Wortlaut der Interpellation findet sich auf S. 90 f. des Protokolls Nr. 4 vom 27. April 1999 und derjenige der Antwort auf S. 155 f. des Protokolls Nr. 5 vom 11. Mai 1999. Insbesondere wird auf die Stellungnahme zu den vom Interpellanten aufgeworfenen Fragen 2a (vgl. mit Frage 1 der Motion) und 3 (vgl. mit Frage 3 der Motion) hingewiesen. Nachdem die Interpellation als erledigt von der Geschäftsliste gestrichen wurde und zwischen den Fragestellungen bzw. dessen Beantwortungen in der Interpellation und der Motion keine Unterschiede bestehen, ersuchen wir Sie, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Antrag:

Der Stadtrat beantragt Ihnen, auf die Vorlage einzutreten, aber die Motion Georg Windlin vom 29. März 1999 zur „Einstellung der Baubewilligungen für Plakatwände“ nicht erheblich zu erklären.

Zug, 10. August 1999

DER STADTRAT VON ZUG

Der Stadtpräsident: Der Stadtschreiber:

Christoph Luchsinger Albert Rüttimann